

Bürgermeister Dr. Storch nimmt zu dem Antrag ausführlich Stellung. Ursprünglich sei das Instrument des sachkundigen Einwohners für ausländische Mitbürger gedacht gewesen. Dies ergebe sich auch aus einschlägigen Kommentaren zur Gemeindeordnung. Allerdings sei auch richtig, dass diese Intention bei der GO-Reform 1994 nicht explizit in den Gesetzestext übernommen wurde. Insofern sei erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten sei. Bisher seien fast ausschließlich ausländische Mitbürger/innen als sachkundige Einwohner in Ausschüssen vertreten gewesen. Dass eine Ausnahme bei der Seniorenvertretung gemacht wurde, liege daran, dass es sich hierbei um eine ausdrücklich von der Gemeinde eingerichtete Vertretung handele.

Der Gemeindesportbund leiste wertvolle Lobbyarbeit. Den Begriff „Lobbyarbeit“ meine er im denkbar positiven Sinne. Allerdings solle solche Arbeit im Vorfeld der Ausschuss- und Ratssitzungen erfolgen. Die Wahrnehmung der Gesamtverantwortung der gemeindlichen Belange obliege nun einmal den durch den Souverän bestimmten Rats- und Ausschussmitgliedern. Für ihn folge daraus, dem Antrag nicht zuzustimmen, zumal man mit einem solchen Beschluss ein willkommenes Signal an andere Vereine und Dachorganisationen sende, ebenfalls sachkundige Einwohner in Ausschüsse zu entsenden. Als Beispiele nennt er den Festausschuss Eitorfer Karneval, den BDK, Chorverband, Aktivkreis, Handwerkerverein oder den Haus- und Grundbesitzerverein. Letztendlich würde dies auch eine Abwertung der vom Volk gewählten Ratsvertreter bedeuten. Dies könne nicht im Eitorfer Gesamtinteresse sein. Daher schlage er vor, den Antrag des Gemeindesportbundes abzulehnen. Er selber habe bei der Abstimmung kein Stimmrecht.

Es ergibt sich eine Aussprache mit mehreren Aspekten.

Auf Fragen von Herrn Müller Frau Zorlu und Herrn Kamberis bestätigt der Bürgermeister, dass sachkundige Einwohner kein Stimmrecht haben. Allerdings verfügten sie über alle Rechte eines Ausschussmitgliedes, einschließlich der Teilnahme am nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Herr Utsch sieht die Gefahr, dass hier „ein Fass aufgemacht“ werde. Man solle eher, wie bisher schon praktiziert, bei Bedarf Sachverständige zu den Beratungen hinzuziehen. Zudem sei man bestrebt, Ausschüsse möglichst klein zu halten. So aber würden sie eher weiter aufgebläht. Die FDP werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Herr Thienel bezieht sich auf den Vorschlag, Sachverständige zu den Beratungen hinzuzuziehen. Beim vorherigen Tagesordnungspunkt zur Schulsozialarbeit habe man dem aber nicht entsprochen.

Der Bürgermeister verweist auf die umfangreichen und anspruchsvollen Beratungen dazu im Schulausschuss bis hin zum Personalausschuss mit der mehrfachen Gelegenheit für Schulleiter und Schulsozialarbeiter, sich ausführlich zu äußern.

Herr Müller vermisst eine klare Linie. So entsende ja auch die Seniorenvertretung sachkundige Einwohner. Der Bürgermeister macht noch einmal deutlich, dass es sich bei diesem Gremium um eine vom Rat eingerichtete Vertretung der Gemeinde Eitorf handelt und deshalb die Entsendung erfolgt ist.

Herr Meeser verweist auf Beratungsbedarf und beantragt, die Sitzung kurz zu unterbrechen.

**Der Bürgermeister stellt keine Gegenrede fest, unterbricht um 18.47 Uhr die Sitzung und ruft um 18.55 Uhr zu deren Fortsetzung auf.**

Nach der Sitzungsunterbrechung skizziert Herr Strausfeld die besondere Bedeutung des Gemeindesportbundes und verweist auf die Historie. Insbesondere leiste der Verband wertvolle Arbeit für die Gemeindeverwaltung und habe beispielsweise über viele Jahre die Belegungspläne erstellt bis zur Inanspruchnahme der Hallen durch die Flüchtlingskrise. Er gehe davon aus, dass diese Aufgabe nach Wiederinbetriebnahme der Sportstätten auch wieder dem Gemeindesportbund zufalle. Der Vergleich mit dem Festausschuss Karneval hinke seiner Meinung nach. Veranstaltungen wie der Rosenmontagszug, würden weit im Vorfeld mit der Verwaltung abgestimmt unter Berücksichtigung aller Sicherheitsbelange. Das Ansinnen des Verbandes ist es, einen Beitrag zu leisten im Bereich Sport. Ein sachkundiger Einwohner werde auch die Probleme in dem Bereich erkennen und mit einbringen. Als Beispiel nennt er die Diskussion um das Kleinspielfeld. In dem Sinne werde die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Meeser verweist auf unterschiedliches Meinungsbild in seiner Fraktion. Er selber befürworte den Antrag, man solle den GSB aber ich in die Pflicht nehmen, sich unangenehmen Themen zu stellen. Als Beispiel nennt er die Sportstättennutzungsgebühr.

Der Bürgermeister lässt schließlich über den Antrag abstimmen.